

Unimut

ZEITUNG AN DER

UNI HEIDELBERG

Nr. 37

Auflage 2500

13.2.91

Weltweiter Konsens beim Waffenhandel Gummis aus Frankreich

Ein besonderer französischer Beitrag auf dem internationalen Waffenmarkt kommt von einer Firma bei St.-Omer im Artois, die Tarnnetze und aufblasbare Panzerattrappen herstellt. Verkaufspreis eines der Gummifahrzeuge: 60000-200000 Francs. Die Angestellten der Firma werden mit befristeten Arbeitsverträgen unter dem sozialversicherungspflichtigen Mindestlohn bezahlt! Mit Hilfe von Metallblenden und eines eingebauten Akkus kann jedes noch so moderne Suchsystem von Kampfflugzeugen über die wahre Natur der Attrappe getäuscht werden: Sie kann in 10 Minuten mit Hilfe eines an eine Autobatterie angeschlossenen Haartrockners aufgeblasen werden. Die einzig nötigen Reparaturutensilien sind Fahrradflicker.

(aus: L'Express, 8.2.91)



Die Planung des AK Rüstungsforschung/ Rüstungsfirmen

Der AK Rüstungsfirmen/-forschung ist bislang eine Gruppe von 15 Leuten. Wir wollen die Arbeit in den Semesterferien fortsetzen, beginnend am Dienstag, 19.2., 19 Uhr im Kasträ (danach im 2-Wochen-Rhythmus jeweils dienstags abends im Kasträ). Thematisch geht es um folgende Projekte:

a) Abwechselnd wird es einmal pro Woche bei Teldix und Eltro - von einer Kerngruppe mit zwölf Leuten vorbereitet - Mahnwachen geben. Ein inhaltliches Flugblatt an die MitarbeiterInnen der Rüstungsfirmen soll zusammen erarbeitet werden. Die Betriebsräte von Eltro/Teldix sind - nachdem sie das erste Treffen abgesagt haben - von uns erneut zu einem informativen Gespräch eingeladen worden; der AK will sich auf jeden Fall intensiver mit Modellen der Umstellung von militärischen auf zivile Produkte (Rüstungskonversion) beschäftigen.

b) Es gilt, das inhaltliche Ziel unserer Arbeit festzulegen: Wollen wir Rüstungskonversion? Wollen wir den totalen Stopp der Rüstungsproduktion?

c) Bezüglich der Rüstungsforschung an der Heidelberger Uni wollen wir mit zwei Gruppen intensiver zusammenarbeiten: Zum einen mit den Grünen im Stuttgarter Landtag, zum anderen mit der Fachschaft Chemie der Uni Bielefeld, die ein Archiv zur Rüstungsforschung an deutschen Unis aufbaut. Ob die Äußerungen der ProfessorInnen und des Rektors zu diesem Themenkomplex die ganze Wahrheit wiedergeben, läßt sich noch nicht absehen.

AK Rüstungsforschung/-firmen

Französisches Know-how & irakische Raketentriebwerke

Die franz. Rüstungsindustrie hat maßgeblich dazu beigetragen, daß der Irak die bisher auf Israel abgefeuerten verbesserten Scud-Varianten bauen konnte. Die franz. Wochenzeitung "L'Express" zitierte kürzlich in ihrem Aufmacher einen israelischen Parlamentarier, dessen Vorwürfe gegen Frankreich fast gleichlautend sind mit denen, die gegen Deutschland erhoben werden. "Bestimmte franz. Firmen haben hochtechnologische Maschinenteile hergestellt, die dem Irak den Besitz nichtkonventioneller Waffen ermöglichen haben. Mit bestimmten Nutzteilen (franz. Herkunft) konnten die Iraker ursprüngl. Reichweite der Scud bis nach Israel verlängern."

Die Vorwürfe betreffen konkret die Lieferung von "Viking"-Raketentriebmotoren der franz. "Société Européenne de Propulsion" (SEP) in den Irak über eine kleine Zwischenhändlerfirma mit Sitz in Paris. Deren Kapital stammt von einer panamaischen Firma, die wiederum wird wieder direkt aus dem Irak finanziert... Die SEP konnte sich auf diese Weise dem amerikanischen Vorwurf eines Technologietransfers in Nicht-Natoländer entziehen.

Gefährlich eng ist die franz. Raumfahrt- und Rüstungsindustrie (Sitz in die Toulouse) auch über brasilianische Firmenkonsortien in die irakischen Raketentriebwerke verwickelt. Beim Bau der

brasilianischen Rakete "Sonda 4" halfen die Franzosen bei der Entwicklung des Raketenkopfs, und sie bauten zu diesem Zweck den Brasilianern gleich die dazu nötigen Forschungslaboratorien. In genau denselben jedoch wurden irakische Forscher ausgebildet, die seit Ende des iranisch-irakischen Krieges in An-Antar bei Kerbala an der irakischen Raketenforschung beteiligt sind.

Ein weiteres Drittland ist Argentinien. Bei der Entwicklung der angeblich für zivilen Zwecken bestimmten ägyptisch-argentinischen Rakete "Condor 2" hat sich eine alle bestehenden Fronten übergreifende Länderzusammenarbeit ergeben. Der Irak allein steuerte mit 5 Milliarden Dollar (!) den Hauptteil zur Finanzierung bei. Das Know-how jedoch kam von einer in der Schweiz ansässigen Firma mit dem sinnigen Namen "CONSEN", in der nicht weniger als 16 führende europäische Rüstungsfirmen vertreten sind, darunter die deutsche MBB, aber auch die franz. "sa-gem", die jene hochentwickelten elektronischen Steuerungssysteme für Raketen baut, die auf dem Weltmarkt so begehrt sind.

"...para bellum": Ist es nicht tröstlich, daß wenigstens im Waffenhandel weltweiter Konsens herrscht?

Brigitte Badelt vom AK Medien



Türkei & Zypern: Ein Paradigma für "Türkei & Irak"?

Bekanntlich ist eines der Hauptargumente für den Krieg am Golf die völkerrechtswidrige Besetzung des kleinen Staates Kuwait durch die Militärmacht Irak. Was bei vielen nicht so bekannt ist, ist die Tatsache, daß die Türkei 1974 in Zypern einmarschiert ist und seit nunmehr über 15 Jahren den Nordteil der Insel besetzt hält (seit 1983 unter dem

Namen "Türkische Republik Nordzypern"). Die Reaktionen darauf waren und sind jedoch ganz anders als die auf die "Kuweit-Krise": Trotz UNO-Beschlüssen etc. (s.u.) wurden keine einschneidenden Maßnahmen gegen die Türkei ergriffen; ganz im Gegenteil beteiligt sich das Nato-Mitglied Türkei jetzt mit am eifrigsten an der "internationalen Befreiung Kuweits" -

vielleicht in der Hoffnung, eine "Türkische Republik Nordirak" errichten zu können. Die unterschiedliche Behandlung von Kuwait und Zypern zeigt, daß das mit dem Völkerrecht so eine Sache ist.

Der folgende Artikel liefert ein paar Fakten zur Geschichte der türk. Invasion in Zypern sowie der Reaktionen darauf:

DIE TÜRKISCHE INVASION IM JAHRE 1974

Die Türkei benutzte den am 15. Juli 1974 von der griechischen Militärjunta gegen die zypriische Regierung angezeigten Putsch und marschierte am 20. Juli 1974 in Zypern ein. Eine 40.000 Mann starke türkische Armee landete auf der Insel, unterstützt von türkischen Luft- und Kriegsmarinekräften, wobei sie die UN-Charta und alle die internationalen Beziehungen regierenden Prinzipien verletzte.

Drei Tage später, am 23. Juli, fiel die griechische Junta und wurde von einer demokratischen Regierung ersetzt. Mit dem Fall der griechischen Junta brach auch die von ihr auf Zypern eingesetzten Marionettenregierung zusammen, die von einer legitimen, unter dem Vorsitz vom Glafkos Kirides, damaliger Vorsitzender des Repräsentantenhauses, Regierung ersetzt wurde. Auf dieser Weise wurde auch auf Zypern die Verfassungsordnung wiederhergestellt. Wenn die Türkei den Anspruch aufrechterhalten wollte, dass sie als Garant handeln würde, würde sie am 23. Juli ihre Streitkräfte abgezogen haben. Anstatt dessen unternahm sie am 14. August einen zweiten Angriff auf Zypern.

Im Ergebnis dessen wurden 37 Prozent des Territoriums der Insel okkupiert. Dies ist der reichste Teil der Insel, der 70 Prozent des Wirtschaftspotentials der Insel entspricht, 40 Prozent der griechisch-zyprischen Bevölkerung wurden vertrieben, Tausende von Menschen, darunter viele Zivilisten, wurden getötet oder gelten als vermisst.

DIE VEREINTEN NATIONEN

Seit 1974 verabschiedeten sowohl der UN-Sicherheitsrat als auch die Vollversammlung eine Reihe von Resolutionen, die zum Abzug der türkischen Truppen aus Zypern, zur Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimatorte und zu ihren Besitztümern und zur Respektierung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität Zyperns aufrufen, doch weigerte sich die Türkei zynisch, sich diesen zu fügen.

ANSIEDLER AUS DER TÜRKIE IM OKKUPIERTEN GEBIET

Die im okkupierten Gebiet eingeschlossene einheimische griechisch-zyprische Bevölkerung wurde gewaltsam vertrieben. Sie wurde gezwungen, zu gehen, um den Platz für die Siedler aus Anatolien zu räumen, die nach Zypern gebracht worden sind, um die demographische Struktur des okkupierten Gebietes zu ändern. Schätzungsweise befinden sich gegenwärtig im besetzten Gebiet 50.000 Siedler.

BEMÜHUNGEN UM DIE ERZIELUNG EINER LÖSUNG

In der Suche nach einer friedlichen Lösung erklärte sich die zypriische Regierung bereit, dass die interkommunalen Gespräche wiederaufgenommen werden, wobei sie jedoch immer betont hat, dass in diesen Gesprächen nur der innere Aspekt des Zypernproblems gelöst werden kann und hervorgehoben hat, dass in Zypern ein ernsthaftes, internationales Problem der Aggression und Okkupation besteht, und dass das Eingreifen der Weltöffentlichkeit für dessen friedliche Lösung erforderlich ist.



Türkisches aus Anlass der Invasion auf Zypern herausgegebenes Poster

Die interkommunalen Gespräche zwischen den Vertretern der griechisch-zyprischen und der türkisch-zyprischen Gemeinschaft dauerten ganze Jahre an. Diese Verhandlungen haben immer unter grossen Schwierigkeiten stattgefunden, da die türkische Seite immer von der Position der Stärke auf Grund der Überlegenheit ihrer Okkupationsarmee verhandelte. Sie bestand beharrlich darauf, die Anerkennung für einen türkischen Separatstaat auf Zypern, der das Recht haben würde, mit anderen Ländern Abkommen abzuschließen, zu erzielen. Die griechisch-zyprische Seite und die zypriische Regierung akzeptierten das Prinzip eines föderativen Zyperns, doch bestanden darauf, dass die Einheit und die territoriale Integrität des Landes gewährleistet und die Menschenrechte aller seiner Bürger respektiert werden.

Leider blockierten die separatistischen türkischen Forderungen jeden Fortschritt in den interkommunalen Gesprächen.

Ermutigt von der zypriischen Regierung, gab der UN-Generalsekretär im August 1983 seine neue Initiative bekannt, die auf die Förderung einer gerechten Verhandlungslösung abzielte. Diese Initiative wurde von der zypriischen und der griechischen Regierung willkommen geheissen, jedoch von der türkisch-zyprischen Führung und der türkischen Regierung abgelehnt.

DIE AUSRUFUNG EINER "TÜRKISCHEN REPUBLIK VON NORDZYPERN" IM JAHRE 1983

Anstatt dessen schlug Denktasch ein Gipfeltraffen zwischen ihm und Präsident Kyprinou vor. In der Zeit, in der der UN-Generalsekretär darum bemüht war, das Treffen zu organisieren, erklärte Denktasch am 15. November 1983 die sogenannte "Türkische Republik von Nordzypern".

Unverzüglich darauf wurde der UN-Sicherheitsrat einberufen und er verurteilte mit überwältigender Stimmenmehrheit die Ausrufung eines "unabhängigen türkisch-zyprischen Staates" und bezeichnete sie als rechtsungültig. Gleichzeitig rief er alle Länder der Welt auf, diesen nicht anzuerkennen. Sowohl der türkisch-zyprische Führer als auch der Aussenminister der Türkei wiesen den Beschluss des UN-Sicherheitsrates gleich nach seiner Verabschiedung zurück und bezeugten auf diese Weise ihre grobe Missachtung für diese Körperschaft.

Zu einer Zeit, wo das Ideal Europas die Vereinigung ist, wird Zypern, eine kleine europäische Insel, im Ergebnis der Anwendung von Waffengewalt durch die türkische Armee geteilt. Dieser Akt setzt nicht nur die griechischen Zypriern grossen Qualen aus, sondern verurteilt die türkischen Zypriern zu einer Isolierung. Dieser Akt ist ein weiterer Beweis für die expansionistischen Pläne der Türkei Zypern gegenüber. Wenn der Türkei gestattet wird, ihr Ziel zu erreichen, wird dadurch ein fürchterlicher Präzedenzfall für die ganze Welt geschaffen.

AUSMASS DES ZYPRISCHEN FLÜCHTLINGSPROBLEMS

Die 200.000 Menschen, die im Ergebnis der türkischen Invasion von 1974 zu Flüchtlingen geworden sind, entsprechen:

- 90 000 000 für UdSSR
- 85 000 000 für die USA
- 25 000 000 für die Bundesrepublik Deutschland
- 22 000 000 für Grossbritannien
- 20 000 000 für Frankreich

Die Situation in Zypern

Ich bin griech. Nationalität und zypri. Staatsangehörigkeit. Meine Heimat Zypern ist seit 1960 ein unabhängiger Staat. Kein Teil Zyperns gehört Griechenland oder der Türkei. Bei der grausamen Invasion der Türken 1974 wurden viele von uns getötet, verletzt oder aus ihren Häusern und Heimatdörfern vertrieben. Bis heute ist die Insel durch die türkischen Besatzer geteilt. Jetzt, während ich in Deutschland studiere, wundere und enttäuscht es mich, wie viele Menschen hier das alles vergessen zu haben scheinen und von einer "Republik Nordzypern" reden und schreiben oder mich fragen, ob ich aus dem griechischen oder türkischen Teil der Insel Zypern komme.

Nur langsam kann ich ihnen klarmachen, was es für ein Gefühl ist, wenn sie als deutsche Touristen, von den Türken eingeladen, unsere Heimatdörfer besuchen und in unseren Häusern wohnen dürfen, wir selber aber daran gehindert werden.

Im Zusammenhang mit dem Golfkrieg muß ich wieder verstärkt an eine Befreiung meiner Heimat Zypern denken. Obwohl ich mich nach der Befreiung sehne, bin ich gegen eine militärische Lösung. Vielmehr glaube ich, daß gerade die Unterstützung militärischer Handlungen und Machtinteressen die Ursache für die jetzige Situation Zyperns sind.

Unter der Vorhut Amerikas führen England und andere einen angeblich gerechten Krieg zur Befreiung Kuweits und brüsten sich dabei höchster moralischer Verantwortung.

Doch wie verhalten sie sich im Falle Zyperns?

Die USA haben nach der türk. Invasion einen Flughafen im besetzten Teil Zyperns gebaut. Der Zweck dieses Baus ist unklar.

Die alte Kolonialmacht England treibt schon länger zwei Militärstütz-

punkte auf Zypern und verhält sich in ihrer Funktion als Garantiemacht zwielfichtig.

Wenn die USA und England etwas für die Gerechtigkeit in Bezug auf Zypern tun wollen, könnten und müßten sie Druck auf die Türkei ausüben. Jetzt, da die Türkei im Bündnis der "moralisch Guten" gegen den Irak eine immer wichtigere Rolle spielt, scheinen ihre eigenen Verbrechen und deren Wiedergutmachung immer mehr vergessen.

Die Situation auf Zypern ist gefährlich. Es handelt sich um eine Verletzung der Menschenrechte und der UN-Resolutionen. Von den Zypriern wird die jetzige Situation nicht akzeptiert.

Helpo aus Zypern und Anti-Golfkrieg-AK

Nächstes Treffen des AK's: Dienstag 19.2., 17 Uhr, Studihaus



Mittwoch, 13.2.1991

3. Anti-Kriegs-Tag am Psychologischen Institut

Alle Veranstaltungen finden im Hintergebäude des Psychologischen Instituts (Hauptstr. 47-51) statt

14-16 Uhr, UR B: Über die Lust am Töten: Zur Psychoanalyse der Gewalttätigkeit Vortrag und Diskussion S. Zettl

14-16 Uhr, UR C: "Gesucht wird...der schleichende Tod" Video über B- und C-Waffen (Autor: Dr. M. Kiper) AK Medien und Fachschaft Medizin

14-16 Uhr, UR D: Widerstandsformen Autonomes Seminar

16-18 Uhr, Raum s. Aushang: Vorstellung einiger Arbeitskreise, die an der Uni HD zum Thema Golfkrieg arbeiten

Ab 18 Uhr: Abschluß

An diesem Aktionstag beteiligt sich auch die Japanologie mit einer Lesung von Antikriegs-Literatur sowie mit einer Bildwand mit Kriegsbildern.

sonstige Veranstaltungen:

Ab 16 Uhr: ASCHERMITTWOCHSZUG
Dezentraler Sternzug aus allen Stadtteilen - Treffen um 17 Uhr am Bismarckplatz - von da aus gemeinsamer Marsch durch die Hauptstraße zum Mahnschweigen vor der Heiliggeist-Kirche

19.30 Uhr, NUNi, HS 10: Friedensszenarien: Können die Konflikte in Nahost nichtmilitärisch gelöst werden?
Podiumsdiskussion mit Wolfgang Kraus (Friedensarbeiter; Initiative Frieden am Golf); Micha Brumlik (Erziehungswissenschaftler; ehem. Die Grünen); Peter Billing (Politologe; Konfliktforscher); Heinrich Bedford-Strohm (ev. Theologe; Sozialethiker) Ak Politische Lösungen

20 Uhr, Providenzkirche: Abendgottesdienst "Klagen und Hoffen" AK Gottesdienst



Interview mit Prof. Ulmer (Forts.)

Prof. Ulmer: Diese Beschränkung ist mir bisher nicht bekannt. Wenn es etwa auf studentischer Ebene Probleme gibt, wäre es ja nur angebracht, daß auch jemand da ist, der sich darum kümmert. Das muß nicht mit zusätzlichen Kompetenzen verbunden sein.

UNIMUT: Daß die Frauenbeauftragte an unserer Uni nicht allzu bekannt ist, liegt ja vor allem an ihrem zu geringen Etat (10000 DM Grundausrüstung einmalig, kein laufender Etat): Sie hat gar nicht die Mittel, vernünftig zu arbeiten.

Prof. Ulmer: Ich habe bisher nichts davon gehört, daß Etat als unzureichend empfunden wurde. Im übrigen gibt es viele Möglichkeiten, auf die Tätigkeit der Frauenbeauftragten aufmerksam zu machen, ohne daß das zusätzliche Mittel erfordert, etwa durch einen Beitrag im Uni-Spiegel.

Das Gespräch führten Sabine Eßmann, Irene Pundt und Katja Schäfer

20 Uhr, Studihaus: "Die Perspektiven transnationaler Politik: War Resister International" Vortrag Graswurzelrevolution

Donnerstag, 14.2.1991

14 Uhr: Demonstration vom Bismarckplatz zur RNZ in der Neugasse; dort Kundgebung gegen die tendenziöse Berichterstattung der RNZ (Fachschaft Math-Phys)

14 Uhr, Bismarckplatz: Infostand zum Golfkrieg/Luftballonaktion/Sketches Ak "Zeitbombe Nahost"

17.30 Uhr, Rathausplatz: Reservistenverweigerung Friedenskomitee

21.57 Uhr, Heidelberg Hbf: Abfahrt des Zuges nach Rom (Aktion der FriedensaktivistInnen vom Headquarter, die den Papst zu einer Reise in den Irak bewegen wollen)

19.30 Uhr, Providenzkirche: Benefizveranstaltung zu Gunsten von Kriegsoffern (Eintritt: 5 DM)

20 Uhr, NUNi, HS 4: "Dienstverpflichtung von Frauen" Vortrag und Diskussion DGB, Kastra, Frauen in der ÖTV

20 Uhr, NUNi, HS 4a: "Nordafrika und der Golfkrieg: Arabische Welt aus der Sicht der maghrebinischen Literatur" Prof. Rothe

Sonntag, 17.2.1991:

11 Uhr, Studihaus: Kollektivität als Weg und Ziel Libertäres Forum

15 Uhr, Studihaus: Golfkrieg und Friedensbewegung: Rassismus in der Friedensbewegung

20 Uhr, Alte Webersche Druckerei (Alte Berghheimerstr.7), zukünftiges Autonomes Zentrum! Musik/Comedy-Theater "Heiter bis wolkig" mit ihrer "SonderEinsatz-Kommödie", anschließend Fest mit der Manischen Weststadt

Zensur an der Uni

Und wieder mal wurde eine Veranstaltung vom Rektorat verboten. Geplant war von einer Arbeitsgruppe "Gesundheitswesen im Golfkrieg" von der ÖTV eine Veranstaltung zum Thema "Die Einbeziehung des Gesundheitswesens in den Golfkrieg". Dafür hatte auch schon ein Verwaltungsangestellter der Uni einen Raum zugesichert. Doch leider wurde diese Veranstaltung vom Rektorat mit der Begründung, es sei kein universitärer Bezug zu erkennen gewesen, verboten.

Gedacht war die Veranstaltung für die nichtwissenschaftlichen und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen der Unikliniken (= Ärzte und Krankenschwestern), die verständlicherweise nicht sehr begeistert über die zu erwartende Arbeit sind. Dabei muss erwähnt werden, dass die Unikliniken offiziell für die Notfallversorgung von Kriegsoffern, speziell solchen mit Giftgasintoxikationen, ausgewiesen sind.

Nun gut, die Unikliniken verwalten sich teilweise selbst, gehören jedoch als akademische Lehrkrankenhäuser zur Uni Heidelberg, so dass sowohl formal als auch inhaltlich ein Bezug zur Uni gegeben ist.

Dienstag, 19.2.1991

17 Uhr, Studihaus: Treffen des Anti-Golfkrieg-AK im Studihaus

20 Uhr, Archegemeinde Neckargemünd: "Golfkrieg - was nun?" Vortrag und Diskussion mit Karlheinz Koppl (Pax Christi) Friedensgruppe Neckargemünd

20 Uhr, Berbahngriechen: Treffen des Friedenskomitees

Mittwoch, 20.2.1991

11 Uhr, Anglistisches Seminar (Raum s. Aushang): Gesprächsrunde der Frauenbeauftragten der Neuphilologischen Fakultät

Donnerstag, 7.3.1991:

19 Uhr, NUNi: "Die arabische Welt - neues Feindbild?" Dr. Gerald Rotter, Die Grünen

Offener Brief an Raban v.d. Malsburg

"Dem Heidelberger Gemeinderat steht womöglich neuer Ärger ins Haus." So der Anfang des Artikels mit der Stellungnahme des Heidelberger CDU-Gemeinderatsmitglieds Raban v.d. Malsburg an Beate Weber. Neuer Ärger steht dem Gemeinderat gewiß nicht bevor. Schon seit gut einem Jahr zeigen in Heidelberg Menschen Bedürfnisse, auf die die Stadt in keiner Weise einging. Die Wünsche nach einem Raum, wo unkommerzielle Kultur und der Versuch, Ansätze eines herrschaftsfreien Lebens stattfinden können, paßte noch nie ins Konzept der Kahl-schlagsaniererInnen in Heidelberg. Und doch leben hier noch viele, für die diese Stadt mit ihren Glasfassaden und hochgalnzpolierten Einkaufspassagen nicht maßgeschneidert ist.

Wir wehren uns dagegen, uns in ein Schema einpassen zu lassen, in dem aus der Hafestraße durch die Darstellung in den bürgerlichen Medien die Keimzelle und Schaltzentrale jedes Widerstands gegen herrschende Strukturen wird. Wir erklären uns solidarisch mit den Menschen in der Hafestraße und in anderen Städten, die durch diese Lügenkampagne diffamiert werden.

Doch das ist für uns nicht der Grund, ein Autonomes Zentrum (AZ) zu fordern. Wir wollen gemeinsam versuchen, Ansätze eines herrschaftsfreien Lebens zu entwickeln, und zwar in der Stadt, in der wir leben. "Autonom" bedeutet laut Duden nichts anderes als unabhängig und selbstbestimmt. Das zukünftige AZ ist keineswegs als Zentrum zu sehen, in dem sich Kindermörder, Chaoten und RAF-Mitglieder versammeln. Dort wird nur das erste Mal seit Jahren in Heidelberg auf die Wünsche der Andersdenkenden eingegangen werden. Beate Weber hat uns verbindlich Räumlichkeiten für ein AZ zugesagt. Das scheint der Beginn einer Dialogfähigkeit der Stadt uns gegenüber zu sein.

Darauf reagiert Mächtegern-OB Raban v.d. Malsburg mit dem Versuch, durch bewußt verbreitete Lügen eine Öffentlichkeit gegen uns zu schaffen. So ist es für uns auch nur natürlich, daß ewig Gestrigte wie er jetzt in alter Inquisitorenmanier schrill die Stimme erheben und die Teufelsbrut ins Fegefeuer wünschen.

Forschungspolitik

UNIMUT: Wie beurteilen Sie die Forschungspolitik des Landes?

Prof. Ulmer: Gut, aber unzureichend. Die Kommission "Forschung Baden-Württemberg 2000" hatte ja vorgeschlagen, Mittel in Höhe von über 100 Mio DM pro Jahr zur Verbesserung der Grundausstattung bereitzustellen. Diese Mittel sind von der Landesregierung nur in beschränktem Maße und darüberhinaus mit dem Zweck bewilligt worden, daß neue Schwerpunkte gesetzt werden. Daß hier etwas geschieht, ist im Grundsatz zu begrüßen, auch wenn es aus der Sicht der Interessenten unzureichend ist.

UNIMUT: Was halten Sie von dem von der Landesregierung berufenen Landesforschungsbeirat?

Prof. Ulmer: Der Sinn des Landesforschungsbeirats besteht darin, bei Vergabe der von der Landesregierung bereitgestellten Mittel, ca. 30 Mio DM pro Jahr, mitzusprechen und die hierfür gestellten Anträge auf ihre Qualität zu prüfen. Daß die Vergabe nicht allein vom Wissenschaftsministerium beschlossen wird, halte ich es für gut, denn es ermöglicht dir Mitsprache von Fachleuten.

UNIMUT: Bedingung für die Mittelvergabe ist auch die Einrichtung einer Rektorkommission für Forschungsfragen. Was halten Sie hiervon?

Prof. Ulmer: Diese Kommission, die z.T. aus externen Mitgliedern zusammengesetzt ist, hat die Aufgabe, den Rektor bei der Verteilung von Mitteln innerhalb der Universität zu beraten. Das ist wohl ein Schritt hin zur Einschränkung der Autonomie der Universitäten, im Kern wird sie aber nicht berührt. Insbesondere wenn sich die Kompetenz der Kommission auf die Verteilung zusätzlicher Mittel beschränkt, dann wird man dagegen nicht allzu viel sagen können, zumal der Vorteil dann mit einem nicht besonders schwerwiegenden Nachteil verbunden ist.

UNIMUT: Sie halten es also nicht für problematisch, daß dadurch die Autonomie der Uni beschnitten wird?

Prof. Ulmer: In dieser Kommission haben Universitätsmitglieder die Mehrheit, sie ist nur beratendes Gremium: Die Selbstverwaltung wird daher im Kern nicht berührt.

UNIMUT: Der Landesforschungsbeirat soll ja auch Vorschläge zur Wiederbesetzung von Stellen erarbeiten. Das bedeutet auch eine Einschränkung der Autonomie der Universitäten. Wenn sich die Meinung der Uni und die des Landesforschungsbeirats widersprechen, würden Sie dann rechtliche Schritte einleiten?

Prof. Ulmer: Nach meiner Information liegt in diesem Fall die Entscheidung bei der Kommission der Uni. Ich halte es aber auch für gut, daß man, wenn mehr als eine Stelle frei wird, darüber nachdenkt, ob hier nicht gewisse Umstrukturierungen angebracht sind. Man hat in den 60er und 70er Jahren dort neue Stellen angeworben, wo gerade Personen da waren, die als Stelleninhaber in Betracht kamen.

UNIMUT: Haben Sie schon eine konkrete Vorstellung davon, in welche Richtung eine solche Umstrukturierung gehen soll?

Prof. Ulmer: Dazu fehlt mir die Kenntnis der anderen Fakultäten.

UNIMUT: Wie stellen Sie sich die Uni in 20 Jahren vor?

Prof. Ulmer: Ich denke, die Zahl der Studienanfänger wird zurückgehen. Die Lehrtätigkeit wird sich mehr auf Postgraduierte verlagern, die Universität

Hier nun die Fortsetzung des Interviews mit dem neuen Rektor, Prof. Ulmer, der am letzten Donnerstag vom Großen Senat der Uni gewählt wurde und ab Oktober Prof. Sellin ablösen wird. Im letzten UNIMUT hat er bereits Fragen zur Rüstungsforschung und zum Umweltschutz an der Uni beantwortet. (Zum Umweltschutz sagte er auf der Senatssitzung - und das ist kein Scherz! -, auf diesem Gebiet habe es noch eine "Bewußtseinslücke"). Diesmal drucken wir seine Ansichten zur Forschungspolitik und über Frauen an der Hochschule.

wird sich stärker bei Weiter- und Fortbildung engagieren. Es wird eine stärkere Besinnung auf Grundfragen des Studiums stattfinden: Wir müssen das Schwergewicht von der Stoffvermittlung auf die Vermittlung der Methoden verlagern.

UNIMUT: Die Spezialisierung in allen Fächern nimmt immer weiter zu, so daß nicht nur der Überblick über andere Fächer, sondern auch der im eigenen verloren geht. Ist das verantwortbar?

Prof. Ulmer: Wenn man die Prämisse ihrer Frage ernst nähme, gäbe es nur die Alternative, sich in die Einsamkeit zurückzuziehen und Eremit zu spielen. Ich glaube nicht, daß die Gefahr so groß ist; ich habe im Gegenteil den Eindruck, daß man sich im Augenblick wieder bemüht, stärker interdisziplinär zu arbeiten. Da hängt auch damit zusammen, daß man, wie ich eben sagte, wieder stärker auf die Grundstrukturen zurückgeht und sich nicht völlig in dem Wald von Einzelproblemen verliert. Ob das aber wirklich machbar ist, ist eine andere Frage.

UNIMUT: Aus dem Kommissionsbericht 2000 geht hervor, daß weitere Graduiertenkollegs gebaut werden sollen. Was halten Sie davon?

Prof. Ulmer: Ich begrüße Graduiertenkollegs. Ich selbst habe mich gerade an einem Antrag für ein Graduiertenkolleg an der Juristischen Fakultät beteiligt.

UNIMUT: Die dadurch entstehende Zweiteilung der Studierenden in einen Teil, der an einer Uni ohne Kolleg auf Diplom studiert, und einen Teil, der an einer anderen Uni mit Kolleg darauf hinarbeitet, in das Graduiertenkolleg aufgenommen zu werden, halten Sie also nicht für bedenklich?

Prof. Ulmer: Diese Zweiteilung sehe ich nicht: Auch die, die später das Kolleg besuchen werden, müssen das normale Studium absolvieren. Der Zugang zum Graduiertenkolleg ist nicht an das Studium an einer bestimmten Universität gebunden: Die Stellen werden überregional ausgeschrieben. Bei der Vergabe wird man sich primär an den Examensnoten orientieren.

UNIMUT: Dadurch wird der Wettbewerb zwischen den Studierenden gefördert.

Prof. Ulmer: Das kann schon sein, das sehe ich aber - vielleicht im Unterschied zu Ihnen - nicht unbedingt als Nachteil an.

UNIMUT: Schon in der Schule wird die Ellenbogengesellschaft gefördert. Finden Sie es gut, das noch ins Studium hinein fortzusetzen? Nach §38 Universitätsgesetz soll das Studium erreichen, daß die Studierenden später verantwortlich handeln. Finden Sie, daß das so erreicht wird? Z.B. in den naturwissenschaftlichen Fächern: Es werden keine Ethik-Veranstaltungen als Pflichtvorlesungen verlangt.

Prof. Ulmer: Ich kann für die naturwissenschaftlichen Fächer - ich bitte um Verständnis - nichts sagen. Wir haben

auch bei den Juristen keine spezifischen Ethik-Vorlesungen. Wohl aber fließt in alle Überlegungen bei Lehrveranstaltungen auch ein: Wie verhält sich ein verantwortlicher Staatsbürger? Ethik als Pflichtfach wäre meiner Ansicht nach nicht geeignet, um einen moralisch handelnden Menschen zu erziehen. Jedem Professor sollte überlassen bleiben, inwieweit er solche Fragen in seiner Vorlesung mitbehandelt.

Frauen an der Uni

UNIMUT: Finden Sie, daß Frauen an der Universität benachteiligt werden?

Prof. Ulmer: Aus meiner Sicht würde ich diese Frage verneinen. Ich bin aber ziemlich sicher, daß andere das anders beurteilen. Die Tatsache, daß im Lehrkörper die Frauen stark unterrepräsentiert sind, sehe ich nicht als Ausdruck einer Benachteiligung an, sondern als Ausdruck eines im Grundsatz anders gearteten Interesses der Frauen bei der Auswahl ihrer Berufe. Es promovieren und habilitieren sich wahrscheinlich deshalb weniger Frauen als Männer, weil sie ihre Zeit lieber für andere Aufgaben verwenden, die ihnen die Männer nicht abnehmen können.

UNIMUT: Auch wenn sich Frauen für ein Studium entschieden haben, brechen sie es viel öfter ab als Männer. Wie erklären Sie sich das?

Prof. Ulmer: Ich bin mir nicht sicher, daß dem so ist.

UNIMUT: Aus der Sozialerhebung des Studentenwerks geht klar hervor, daß quer durch alle Fachbereiche mehr Frauen als Männer ihr Studium abbrechen. Und warum glauben denn die Frauen, Familie und Promotion seien nicht vereinbar, wogegen es für die Männer anscheinend vereinbar ist? Das sind Fragen, die man erforschen könnte. Das geschieht bei uns noch viel zu wenig. In den USA gibt es seit Jahren an jeder Uni die Women Studies. Würden Sie sich für mehr Frauenforschung an unserer Uni einsetzen?

Prof. Ulmer: Sinnvolle Forschung würde ich immer begrüßen. Ob jede Art von Frauenforschung sinnvoll ist, ist eine andere Frage.

UNIMUT: Wie stehen Sie zur Quotierung? Ernst Benda hat einmal gesagt, wenn wir nichts in der Richtung unternehmen, wird es die Gleichstellung der Frau erst in ein paar hundert Jahren geben. Können wir so lange warten?

Prof. Ulmer: Die Quotierung bringt in den Fächern überhaupt nichts, in denen es nicht genügend Frauen gibt, die qualifiziert sind, einen Beruf zu übernehmen. Ich würde es auf andere Art versuchen: Ermutigung von begabten Frauen, z.B. zur Promotion, und Arbeitszeiterleichterung.

UNIMUT: Ist das nicht zu spät, wenn die meisten Frauen das dann schon nicht mehr möchten? Müßte man nicht schon zu Beginn des Studiums Maßnahmen ergreifen?

Prof. Ulmer: Das mag von Fach zu Fach unterschiedlich sein. In der Jura ist das frühestens nach dem ersten Staatsexamen sinnvoll, weil sich dann erst die Zukunftsfrage stellt.

UNIMUT: Die Frauenbeauftragte an unserer Uni, Frau Feucht, ist nur für Wissenschaftlerinnen zuständig. Sollte man ihren Zuständigkeitsbereich nicht auf Nichtwissenschaftlerinnen und Studentinnen erweitern?